

# Der Schuhmacher

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher

Erschein. Dienstag. Redaktion: Schuh. Sonntags-  
Vierteljahresabonnement: 1,50 RM. Für Nicht-  
mitglieder nur Postkarte. Anzeigenpreis: Die ein-  
schlägige Nonpareillezeitung (Märkte verhältnisweise ausgeschlossen).  
0,40 RM. Stellenanzeigentypen die Hälfte.

gleichzeitig Publicationsorgan  
der Zentralarbeits- und Steuerklasse der Schuhmacher  
(Sitz Hamburg 6)

Verantwortl. Redakteur: Otto Treßlich, Nürnberg. Heraus-  
geber: 24.403. Anzeigenannahme und Redaktion:  
Nürnberg 4 (Postfach). Verkaufsstelle: Elisenstraße 1.  
Einzelnummer: 15 RM. Jahrgang für Unterlatein. W.  
Dörfelk. Abg. 25.569. Erstdr. „Der Schuhmacher“ Abg.

Nummer 32

Nürnberg, den 5. August 1930

44. Jahrgang

## Hinein in den Wahlkampf!

Das deutsche Volk ist in der schwierigsten Wirtschaftslage berufen, das Reichsparlament neu zu wählen. Am 14. September soll es sich entscheiden, ob die wahlberechtigte Bevölkerung mit jenem Reichstag von 1928 einberufen werden oder nicht. Wir dürfen uns keiner Täuschung hingeben, doch der bevorstehende Wahlkampf mit einer Heftigkeit wie noch nie wird, wie wohl keiner vorher. Dieser Wahlkampf wird unter dem Zischen des Klassenkampfes

geführt werden. Noch niemals hat sich der Gegensatz zwischen den sozialen und wirtschaftlichen so drastisch gezeigt wie gegenwärtig. Millionen Menschen sind arbeitslos, aber in ihrer Existenz bedroht. Das Narrenfest der deutschen Wirtschaft fordert immer neue und größere Opfer. An der Unmöglichkeit, die Auswüchse der kapitalistischen Anarchie befreiten zu können, ist die verfehlte Regierung letzten Endes gescheitert. Solange die außenpolitischen Schwierigkeiten nicht überwunden waren, hielt die Große Koalition zusammen. Als der Young-Plan endgültig abgeschlossen war und man daran gehen mußte, im Innern des Landes Erdnung zu dichten, die Lizenzen des Krieges und der Wirtschaftsverschlechterung zu verteilen, trat ein junger Widerstreit zutage, der in ihrer letzten Stunde auf den parlamentarischen Wahlen geführt haben.

Es gilt von vornherein, eine klare Linie in diesem Wirtschaftlichen und wirtschaftlichen Fragen zu finden. Denn darüber steht nicht: „Wohlstand oder Not!“ und die steuerolose Agitation wird in diesem Wahlkampf zusammen austreten wie es never. Es gibt leider Millionen Menschen, die sich in erster Linie gegen das arbeitende Volk wenden. Sie sind die Angestellten, die im gegenwärtigen Lager stehen, von den Parteien der anderen besetzt sind und mit ihrer Stimme diese ungünstigen parlamentarischen Verbündeten unterstützen können. Da die Unschlüssigen und Falschorientierten nun schließlich in erster Linie unsere Aufführungskraft wenden und sie vor der Notwendigkeit der eigenen Klassenlage zu überzeugen suchen.

Warum ist der Reichstag aufgerufen worden?

Die Regierung Brüning hatte sich aus Zwecken gestellt, ohne die Sozialdemokratie, mit Anschluß an die Rechte des Kapitals, eine Mehrheit zu finden. Es war ihr gelungen, Teile der Deutschen Staatspartei zu sich heranzuziehen. Der Rechten zuliebe Steuern zu gesteuern, die sich in erster Linie gegen das arbeitende Volk wenden. Sie sind die Angestellten, die die Besteuerung, Tabaksteuer, die Mineralölsteuer, die Besteuerung der Konsumvereine und Werksbauteuer, Erhöhung der Umlaufsteuer u. a. waren in erster Linie eingeführt worden, um eine stärkere direkte Besteuerung zu vermeiden. Hinzu trat noch die Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung. Man hatte sich schließlich auch zu einer Erhöhung der Einkommensteuer bei einem Einkommen von über 8000 RM bequemt, doch waren dies nur Belohnungsmittel, um den Willen der großen Bevölkerung der arbeitenden Klasse abwenden zu können. Es wurde, ohne daß mit dem indirekten Besteuerung bestimmt, dass die Gruppen der Sonderrente erhielten. Sie ist die Besteuerung, die in dem beschäftigten Ausmaße ein Mittel geworden, den Bourgeois und Capitalisten zu einem Teil der Zoll bei der Benzin- und Benzolsteuer, wo die dem Kraftstoffverbrauch aufgelegten Kosten nur zum Teil in die Reichssubstanz fließen. Bei der Tabaksteuer wurden den Zigarettenfabrikanten etwa 100 Millionen und den Fabrikanten für Rauchwaren etwa zu 25 Millionen Extra-Gewinn zugestanden. Von sonst die Linie der Sondergewinner bei der Steuerpolitik der Brüning-Regierung noch wesentlich vermehrte.

Alles dies geschah mit einer ausgesprochenen Front gegen die minderbemittelten Kreise. Trotzdem reichten diese außerordentlich zugesetzte an die Reaktion nicht aus, um die Sozialpartei und Teile der Deutschnationalen restlos für die Regierungspolitik zu gewinnen. Zehn Jahre gleich, den Reichen aber nicht schwerer als den armen, finanzielle Schwierigkeiten, all das aus, um von dem Augenblick Blod genug zu stimmen abzurücken. Bei dem Antrag der sozialdemokratischen Partei, die Notwendungen aufzuhören, wurde dieser Antrag mit 231 gegen 221 Stimmen angenommen. Für diesen Antrag stimmten die Sozialdemokratien, die Kommunisten, die Nationalsozialisten und der Teil der Deutschnationalen, der sich um Augsburg schart. 10 Stimmen mehr aus dem Hintergrund der für die Regierung hätten die Auflösung des Reichstages in diesem Augenblick verhindern können. Auf die Dauer jedoch wäre der Appell an das Volk nicht zu verhindern gewesen.

Staatsvoll oder Interessentenhans?

Der Finanzminister hat am letzten Tage des Reichstages folgenden Zos gelassen ausgesprochen: „Der Reichstag muß heute zeigen, ob wir noch ein Staatsvoll sind oder ein Ha-

fen von Interessenten!“ Dieser Zos sollte eine Warnung für die nicht zur Regierung gehörigen Parteien sein, keinen sozialistischen Interessenstandpunkt zu vertreten. Dabei ist die gewone Politik der Regierung von Anfang an nichts anderes gewesen als Interessenpolitik. Bereits die oben aufgestellten Steuern deuten darauf hin, daß man aufs äußerste bemüht war, die Interessen der Besitzenden wahrzunehmen. Wie kann dies auch anders sein in einer Regierung, wo Parteien von der Art der Wirtschaftspartei und der Bayerischen Volkspartei das Münlein an der Waage bilden? Doch nur mit Interessenpolitik waren diese Parteien bei der Stange zu bestimmen. Am Ende der Regierung standen die Interessen der Bevölkerung der Konsumvereine und der Werksbauteuer, die Hilfe für die Großindustrie und die Einigung der Sozialpolitik ein Zuhau von Interessenten, wie er früher noch niemals in Erziehung getreten ist. Der Finanzminister hätte an die eigene Kraft schlagen müssen, als er den oben zitierten Zos patetisch in den Zaol rief. Dass die Sozialdemokratische Partei und die Vertreter der Gewerkschaften die Interessen der Arbeitersklasse vertreten, das versteht sich von selbst, aber nie hat die Sozialdemokratische Politik gemacht, die nicht gleichzeitig das Wohlgezane im Auge gehabt hätte.

Es geht um den Schuh der Sozialpolitik.

Neben den gelernten einsetzenden Standpunkten der Regierung in der Siedlungswage war ihr Hauptmerkmal die rückwärtige Einstellung zu den Fragen der Sozialpolitik. Da die Regierung zufrieden kam, trotz gerade jener Entwicklungen, die den Reichsverband der Deutschen Industrie und die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände entstellt hatten. Im gleichen Zeitraum bestand die Sozialdemokratie aller Hoffnungen auf die Entwicklung der Sozialdemokratie und der Arbeitersklasse, die die sozialen Zonen, denen man energisch entgegengetreten vermeinte. Die Regierung Hermann Müller war ja auch wegen einer sozialpolitischen Maßnahme, nämlich der Finan-

sierung der Arbeitslosenversicherung, gestürzt worden. Die Unternehmer haben in der Regierung Brüning das Mittel, ihren Standpunkt in der Sozialpolitik zur Geltung bringen zu können. Sie hat sich dann auch eifrig bemüht, sich der Gunst der Unternehmer würdig zu erweisen. Anfangen von dem Schauspiel von Oeynhausen, begann eine große Offensive zur allgemeinen Kürzung der Löhne und Gehälter.

Die Preisentlastung, die danach einhergehen sollte und zur Ankündigung der Wirtschaft gedacht war, lädt noch heut auf sich warten. Dies um so mehr, weil man die mächtigen Interessenorganisationen, wie die Kartelle und Truste, unbedingt liebt. Tatso mehr ging man aber daran, die Sozialversicherungsanstalten in ihrer Wirtschaftlichkeit zu beschleunigen und zu erhöhen. Mit dem Ziel, die Sozialversicherung der Arbeitslosenversicherung, die sogenannte „Reform“ der Rentenversicherung, die lassen den rationalen Einschlag der Brüning-Regierung sehr deutlich hervortreten. Sie botte ein offenes Ohr für die Wünsche der Unternehmer und stellte sich tout, was ihr von Seiten der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie an begründeten Einwendungen entgegengeschobt wurde. Die Regierung Brüning ist von einem Zentrumsabgeordneten einmal als die rationalste Regierung der Republik bezeichnet worden. Mit dieser Kennzeichnung hat der betreffende Zentrumsmann ins Schwarze getroffen.

Will die Arbeitersklasse ihre sozialpolitischen Interessen wahren und verteidigen, dann muß sie in breiter Front zur Sozialdemokratie stoßen und jene Pläne der Reaktion zu verhindern suchen. Man kann sich nicht: sie machen erst der Anfang zu der großen Offensive, die darin resultieren sollte. Am Ende der Regierung steht der Arbeitersklasse eine Entscheidung bevor. Die Aussicht der kommenden Wahlen wird das Schicksal der arbeitenden Klasse in der Zukunft mehr oder weniger bestimmen. Niemals war die Gelegenheit günstiger, politische Abrechnung mit dem rationalen Klingsel zu halten, oso am 14. September 1930. Deshalb gilt es zu agitieren und einzutreten

für die Sozialdemokratie zum Schuh der Sozialpolitik!

## Eine Aktion der Sozialdemokratie

Vorschlag eines Sanierungsprogramms des Erfolgs verspricht.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat Richtlinien zur Sanierung der Arbeitslosigkeit und Neubewirkung der Finanznot beschlossen. Die Richtlinien folgen dem folgenden Wortlaut:

1.

Die unsozialen gescheiterten Maßnahmen der Regierung Brüning haben die Finanz- und Wirtschaftsnot nicht zu beenden vermocht. Sie von dieser Regierung aufgestellten neuen Pläne führen zu weiteren ungerechten Belastungen und bedrohen das Wirtschaftsleben aufs neue mit Verminderung der Kaufkraft.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, obwohl in Opposition, sieht es daher als ihre Pflicht an, geeignete Wege zur Lösung der finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu weisen.

2.

Eine Senkung des Einkommens der Arbeiter, Angestellten und Beamten kann die Wirtschaft nicht beleben, sondern muß die Krise verschärfen.

Die gegenwärtige Wirtschaftslage erfordert einen allgemeinen Abbau der Preise. Durch Anwendung der Kartellierung und durch soziale Maßnahmen die Erholung der Industrie zu fördern. Dabei hat der Abbau der Preise für Kaufleute eine hohe Bedeutung. Sozialistisch jedoch durch den Abbau der hohen Profitsabteilungswirtschaften, insbesondere die Konsumvereine, auch der Abbau der Preise im Kleinverbrauch konfischiert werden.

Die wichtigste Aufgabe ist die Schaffung neuer Arbeitsgelegenheiten.

Deshalb ist die sofortige Ratifikation der vorbereiteten Handelsverträge und des Genfer Abkommen über den Zollfrieden notwendig. Der Disconto der Reichsbank ist zu senken und damit auch auf die Erhöhung der Sätze für langfristige Kredite hinzuwirken. Die produktive Gewerkschaftsfürsorge und der Kleinbauernbau ist zu fordern durch Bereitstellung großer Mittel aus der Haushaltsteuer. Alle Finanzierungsmöglichkeiten für den Staatshandlungen sind auszunutzen. Pöbel und Fernpreisablagen beschleunigen den Bedürfnissen entsprechend zu modernisieren, die Eisenbahnanlagen zu erneuern und das Eisenbahn- und Wasserstraßen auszubauen.

Die anhaltende Rassenarbeitslosigkeit macht die bestreit-

liche Verabschaffung des Arbeitsmarktes unter Sicherung des Kaufkundentages und stärkster Einschränkung der Überproduktion notwendig. Darüber hinaus ist angeblich der fortgeschrittenen Rationalisierung eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit durch internationale Vereinbarungen anzustreben.

3.

Zur Neubewirkung des Finanznot, die durch die schwere Wirtschaftskrise entstanden ist, müssen die notwendigen Mittel bereitgestellt werden.

Aur bei einem ausgeglichenen Haushalt kann die Pflicht der Allgemeinheit zur Fürsorge für die unverschuldet notleidenden Volkschichten erfüllt werden. Die sozialen Verpflichtungen des Reichs müssen unangetastet bleiben. Das gilt insbesondere von den Leistungen für die Arbeitslosen.

In der jetzigen Not ist höchste Sparanstrengung bei allen öffentlichen Korporationen unumgängliche Pflicht.

Wenn auch das finanzielle Drama sofort komfortable Ergebnisse begrenzt ist, so müssen doch die bestehenden Möglichkeiten ausgenutzt werden. Dabei dürfen Verpflichtungen in der Fürsorge für die Kriegsopfer oder bei sozialpolitischen Notwendigkeiten nicht eintreten.

Was allein müssen die Ausgaben für militärische Zwecke so weit herabgesetzt werden, ebenso für den auswärtigen Dienst, für die hohen Pensionen und Gehälter und andere persönliche und soziale Zwecke, die mit dem Erhalt der Wirtschafts- und Finanzlage nicht im Einklang stehen. Auf Abzugskosten und Wartegeld kann der Verlust der Arbeitskraften und die Verkürzung der Arbeitszeit der Dienstleistung im öffentlichen Dienst zu verpflichten. Durch alle diese Maßnahmen sollen sich erhebliche Teile des Arbeitsbezuges decken. Daneben sind einige größere Ausgabenpolen entweder zeitlich zu verschieben oder vorübergehend durch Überweitung von Schulden auszugleichen.

4.

Zuvor mit diesen Mitteln eine volle Deckung des Haushalts nicht zu erreichen ist, muß sie durch neue Einnahmen herbeigeführt werden.

Entsprechend ihrer bisherigen Stellung verlangt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, daß in erster Linie die leistungsfähigen Volkschichten herangezogen werden. Am besten und gerechtesten kann das durch einen allgemeinen Zuschlag zur Einkommensteuer









